In der Parteigerichtssache

1. von Frau R aus H
2. und von Herrn S aus H

-Antragsteller und Rechtsbeschwerdeführer-

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt T aus H

g e g e n

den CDU-Ortsverband H-A/O,
vertreten durch den Ortsvorsitzenden Herrn K aus H,

-Antragsgegner und Rechtsbeschwerdegegner-

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt B aus H

wegen Anfechtung der Ortsverbandswahlen vom 09. Januar 1984 hat das Bundesparteigericht der CDU durch seinen Vorsitzenden, Staatssekretär a. D. Dr. Heinrich Barth, am 04. Februar 1986 im Wege der prozeßleitenden Verfügung beschlossen:

1. Das Parteigerichtsverfahren wird eingestellt.
2. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei. Ihre außergerichtlichen Kosten und Auslagen haben die Verfahrensbeteiligten selbst zu tragen.

Gründe

Mit Schriftsatz vom 17. Dezember 1985 - bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts der CDU eingegangen am 18. Dezember 1985 - haben die Antragsteller und Rechtsbeschwerdeführer gegen den Beschluß des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes H vom 15. Oktober 1985 Rechtsbeschwerde einlegen und zugleich beantragen lassen, die Frist zur Begründung der Rechtsbeschwerde um einen Monat zu verlängern. Während dieser antragsgemäß verlängerten und Rechtsanwalt T mitgeteilten Frist nahm er mit Schriftsatz vom 11. Januar 1986 - bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts eingegangen am 16. Januar 1986 - die Rechtsbeschwerde zurück. Das Parteigerichtsverfahren war daher einzustellen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 43 Parteigerichtsordnung.